

Bayernwerk-Plan für die Energiewende

Netzbetreiber legt Zehn-Punkte-Papier vor – Neue Leitungen und 300 Umspannwerke müssen gebaut werden

Von Regina Ehm-Klier

Passau/Regensburg. Es schneit, was vom Himmel kommen will. Dennoch brennt in den Häusern unvermindert Licht, kommt der Strom für Maschinen und Computer aus den Steckdosen. Wie immer. Netzbetreiber „Bayernwerk“ verzeichnete am Donnerstag zwar einzelne Störungen, doch das gehört zum winterlichen Alltag, ebenso, dass sich in solchen Fällen ortskundige Mitarbeiter auch auf Langlauf-Skiern zum Einsatz in Waldgebieten aufmachen, wie beim Bayernwerk zu erfahren ist. Wenn eine Leitung ausfällt, müsse man zur Schadensstelle vordringen, um ein Laggebild zu erhalten und dann koordinieren – eine Mammutaufgabe.

Und die Energieversorgung befindet sich in massivem Umbruch. Immer mehr Strom aus „Erneuerbaren“, in Bayern vornehmlich aus Photovoltaik-Anlagen, fließt ins Netz: 12 000 Anfragen auf Einspeisung verzeichnete das Bayernwerk noch 2017, „60 000 waren es im vergangenen Jahr. Aktuell sind es 6000 pro Monat“, verdeutlicht Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, die steigende Tendenz. 2025 rechnet er mit über 120 000 Anfragen. Damit die Ziele der Energiewende 2030 erreicht werden können, „müssen wir massiv zulegen“, so Westphal.

So einfach ist das nicht. Da sind auf der einen Seite Kunden, die Energie aus PV-Anlagen ins Netz einspeisen wollen, da sind auf der anderen Seite immer mehr Verbraucher und unterschiedliche Anforderungen „durch E-Mobilität oder die wachsende Zahl von Wärmepumpen“, zählt der Vorstandsvorsitzende auf. Dafür muss das Netz umgerüstet werden: „Bis 2030 müssen wir die Ausbauziele für unser Netz von zehn Gigawatt Einspeisung auf 40 Gigawatt ausrichten“, erklärt er. Doch in vielen Punkten sind dem Netzbetreiber die Hände gebunden, spricht Westphal lange Genehmigungszeiten, unterschiedliche Zu-



Das Stromnetz muss neu organisiert werden. Bis 2030 rechnet das Bayernwerk mit einer Vervielfachung der Energieeinspeisung. – Fotos: dpa/ek

ständigkeiten und auch gesellschaftliche Akzeptanz an. Denn Leitungen und Umspannwerke werden zwar grundsätzlich begrüßt – aber vor Ort nicht selten bekämpft.

Um hier anzusetzen, hat das Bayernwerk einen „10-Punkte-Plan zur Beschleunigung der Energiewende in Bayern“ aufgesetzt, der sowohl in der Politik als auch in Kommunen und in der Gesellschaft Unterstützung auslösen soll. Zum Redaktionsgespräch mit der Mediengruppe Bayern hat Westphal das Papier exklusiv mitgebracht. Ein Überblick:

■ Gesetzliche Regelung: Im Moment muss jedes einzelne Vorhaben um Leitung und Weitertransport geplant, beantragt, genehmigt werden. Das verschlingt Zeit und Energie: „40 Monate Genehmigungszeit hat im Schnitt ein Umspannwerk, eine 110-kV-Leitung ist acht bis zehn Jahre im Verfahren“, erklärt der Vorstandsvorsitzende. 300 neue Umspannwerke seien im Bayernwerk-Netz erforderlich – das ist eine Verdoppelung der bestehenden Anlagen. Das Bayernwerk stellt darum ein „Landesbedarfsplangesetz“ an



„Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender Bayernwerk AG

den ersten Platz seiner „Wunschliste“. Freistaat, Landkreise und Kommunen sollten darin „Vorangflächen für den künftigen Erneuerbare Energien Ausbau“ festlegen, um nicht über jedes einzelne Projekt im Grundsatz reden zu müssen. Vorbild ist das Bundesbedarfsplangesetz, das zum Beispiel dem „SuedOstLink“ Vorrang

einräumt. Das Verfahren solle nicht verhindert, nur beschleunigt werden.

■ Anfragen reduzieren: Wer Energie ins Netz einspeisen will, muss das durch das Bayernwerk prüfen und genehmigen lassen. „Das bindet viel Personal“, erklärt Vorstandsvorsitzender Westphal eine Herausforderung – erst recht in Zeiten des Kräftemangels. Denn der Netzbetreiber muss die Auswirkung jeder Anlage auf das Netz berechnen – egal, ob die Anlage jemals in die Tat umgesetzt wird, oder nicht. Diese Antragsflut will das Bayernwerk bremsen, indem eine relative Verbindlichkeit der Anfrage eingefordert wird. „Wir nennen das, die Spreu vom Weizen trennen.“

■ Cluster bilden: An die ungebremsste Anfrageflut anknüpfend, schlägt das Bayernwerk vor: „Staatsregierung, Kommunen und Netzbetreiber müssen die Grundlagen für ein Clustering schaffen. Das ermöglicht dann für eine Vielzahl an Anlagen einen gebündelten Netzanschluss, beispielsweise ein Umspannwerk als Einspeisesteckdose“, fasst Westphal zusammen. Eine gemeinsa-

me Koordinierungsstelle solle die Anfragen zusammenfassen und die Auswirkungen prüfen. Davon ausgehend können dann Leitungen und Bau von zusätzlichen Umspannwerken gezielt geplant werden.

■ Genehmigungszeiten: „Es ist, als würde man ein Auto kaufen, müsste aber Jahre auf eine Straße warten“, vergleicht Egon Leo Westphal den langen Genehmigungsweg und den Unterschied zwischen zum Beispiel PV-Anlage (Auto) und Netz (Straße). Selbst eine Erhöhung eines bestehenden Strommasts erfordere ein förmliches Genehmigungsverfahren. Fiele nur dieser Schritt weg, „wäre die Zeitersparnis in etwa ein Jahr“, sagt Westphal und zählt weitere Beispiele auf, wo wertvolle Zeit auf der Strecke bleibt. Hinzu kommen unterschiedliche Zuständigkeiten in bayerischen Ministerien – von Umwelt über Bau bis Wirtschaft. Hier fordert das Bayernwerk eine „ministeriumsübergreifende TaskForce zur Umsetzung schnellerer Genehmigungsprozesse“.

Im Papier finden sich weitere Punkte, wie die Energiewende

Schwung bekommen könnte, anstatt sie zu bremsen. Westphal führt zum Beispiel die verzichtbare Eintragungspflicht von Balkonanlagen auf. Noch gilt: „Die bürokratischen Hürden sind selbst für den Anschluss von Kleinanlagen immens“, argumentiert er. Denn auch das bindet Personal.

Gefordert sind außerdem weitere Anreize seitens des Freistaats, für regionale Erzeugung und Verbrauch. Digitale Lösungen und Speichertechnik, die die Regulierung steuern, sind dazu erforderlich und sollten gefördert werden.

Aber was, wenn Strom gebraucht, aber nicht zur Verfügung steht – weil es zum Beispiel gerade heftig schneit und PV-Anlagen nicht liefern können? Ein „Mindestmaß an gesicherter Erzeugungsleistung“ müsse definiert werden, lautet die Forderung des Netzbetreibers. Das Maß solle eine Expertenkommission festlegen, nach dem schließlich sicher liefernde Kraftwerke (wasserstofffähige Gaskraftwerke, Wasserkraft) in den Regionen vorgehalten werden.

Weitere Themen im Plan sind Maßnahmen zur Sicherung der digitalen Netze vor Angriffen und mehr Freiheit für den Netzbetreiber, der durch diverse Regulierung in seinem Handeln eingeschränkt ist.

Und am Ende bedarf es einer Akzeptanz nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft. Das Bayernwerk regt eine Kampagne namens „Pro Netzausbau“ an: „Politik, Energiewirtschaft, Industrie, Kommunen und Verbände sollten positiv zum notwendigen Infrastrukturausbau kommunizieren“, heißt es in dem Papier. Insofern komme die Energiewende in Bayern durchaus voran, sagt Westphal. Allein das Bayernwerk würde in diesem Jahr rund 780 Millionen Euro für die Netzerüchtigung und für die neuen Aufgaben aufbringen. Der Vorstandschef fasst aber auch zusammen: „Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das muss uns allen bewusst sein.“

Dyneon-Aus: Söder und Aiwanger kommen

Burgkirchen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wird nächsten Donnerstag Nachmittag nach Burgkirchen reisen, um vor Ort mit Vertretern des Chemieparks und der Lokalpolitik über die Folgen des Standort-Aus von Dyneon zu sprechen. Auch Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) hat sich für den Termin angekündigt.

Der Freie Wähler-Chef hat sich mittlerweile wie Söder ebenfalls

mit Briefen an die EU gewandt. Inhaltlich decken sich Aiwangers Einschätzungen und Forderungen dabei mit jenen des Ministerpräsidenten: Er bittet Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton, sich für den Erhalt oder Verkauf des Dyneon Werkes im Chemiepark Gendorf einzusetzen. Zudem kritisiert er die „regulatorische Überfrachtung im Rahmen des Green Deal“ der EU und die da-

mit einhergehende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich. Aiwanger: „Unser Ziel muss es daher sein, einen angemessenen Interessensausgleich in Europa zu finden, um einen Verlust an heimischer Produktion und damit auch an Resilienz zu verhindern.“ Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat Post von Hubert Aiwanger bekommen. In der Hauptstadt

hat man Dyneon allerdings bereits auf dem Schirm: Eine Woche nach Söder und Aiwanger wird Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Chemie-dreieck erwartet.

InfraServ, Betreiber des Chemieparks Gendorf, zeigt sich zuversichtlich für den Standort. Der Chemiepark habe seine Resilienz und seine Transformationskräfte in seiner über 80-jährigen Geschichte mehr als einmal unter Beweis gestellt. – jag

Hilfen im „US-Format“

Chieming. Eine politische, europäische Antwort auf die wirtschaftsfreundliche US-Politik fordert die Industrie aus dem Altzitat: Der Vorsitzende der Geschäftsführung Alzmetall, Roland Ilg, und der Vorstand AlzChem, Dr. Georg Weichselbaumer, traten mit diesem Wunsch an den Bundesminister a. D. Dr. Peter Ramsauer beim CSU-Neujahrsempfang in Chieming heran. US-Firmen würden nicht nur durch die Förderung der Industrie in Nordamerika profitieren, sondern auch durch niedrige-

re Energiepreise. Die einheimischen Betriebe hingegen litten unter einer überbordenden EU-Bürokratie und Ideologie-Politik, so Dr. Weichselbaumer laut Mitteilung von Ramsauers Abgeordnetenbüro. Dieser ist Mitglied im Wirtschaftsausschuss im Deutschen Bundestag und befürchtet eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika durch das üppige US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. In den USA fließen deswegen Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen. – hw

Anzeige

Studieren Sie Technik, die Leben rettet!

Schon ein Blick in den Rettungswagen oder einen OP-Saal mit all der lebensrettenden Technik zeigt: Die Entwicklung und Vermarktung medizinischer Technologien ist weltweit einer der Zukunftsmärkte schlechthin. Basis dafür sind erstklassig ausgebildete Ingenieure, die auch Grundlagen der Medizin sowie des Normen- und Qualitätswesens beherrschen.

Das Medizintechnik-Studium der FH Oberösterreich in Linz wird als Bachelor- und als Master-Studium angeboten. Es legt einen Schwerpunkt auf medizinische Geräte- und Rehabilitations-technik. Studierende lernen, Sprache und Problemstellungen der Mediziner zu verstehen und

adäquate technische Lösungen unter Beachtung gesetzlicher Normen zu realisieren. Neben verpflichtenden Inhalten werden verschiedene Vertiefungsmöglichkeiten angeboten. Die Vorlesungen im Masterstudium werden in englischer Sprache abgehalten. Die FH Oberösterreich zählt zu den forschungstärksten FH/HAW im deutschsprachigen Raum. Neueste Erkenntnisse kommen direkt zu den Studierenden in die Hörsäle und sichern die Qualität des Studiums. Linz, die Europäische Kulturhauptstadt 2009, bietet durch mehrere Universitäten und Hochschulen sowie ein reichhaltiges Kulturangebot attraktive Studienbedingungen. Im FH-Stu-

dium selbst schließt man aufgrund der vielen Arbeit in Kleingruppen rasch Kontakte. **Bachelor und Master mit großer Themenvielfalt** Nach dem Studium warten vielfältige Aufgaben in Unternehmen, Kliniken und Forschungseinrichtungen. Tätigkeitsfelder sind Forschung und Entwicklung, Produktion, Zulassung, Qualitätssicherung sowie Produktmanagement und technischer Vertrieb. Medizintechniker*innen sind gefragt – auf beiden Seiten des Inns. Egal ob schon nach dem Bachelor „Medizintechnik“ oder nach einem der beiden Master „Medical Engineering“ oder „Applied Technologies for Medical Diagnostics“.

Ausbildung und angewandte Forschung sind international verankert. Kooperationspartner sind führende internationale Unternehmen wie MED-EL, Otto Bock, Siemens und GE Healthcare sowie Hochschulen in vielen Ländern. Auch und gerade die Kontakte zu Firmen und Hochschulen in Bayern werden intensiv gepflegt.

Beschränkte Studienplätze – Bewerbungsschluss: 30. Juni 2023
Kontakt: 0043 (0)50804-52100, info@fh-linz.at, www.fh-ooe.at/mt



Praxis und Wissenschaft vereinen sich im Medizintechnik-Studium an der FH Oberösterreich in Linz. Foto: FH OÖ